



Foto: www.fotolia.de, ©Olli Hirte

» Nun stecken die Sozialdemokraten wieder im 20-Prozent-Keller fest. Und abermals vagabundiert die Formel von der „Krise der SPD“ durch die Lande. In der Tat sind die Probleme, mit denen sich die Partei zu plagen hat, mittlerweile Legion. Die alte Massenpartei, deren Stolz die Riesenbataillone an treuen Mitgliedern und unermüdlichen Aktivisten waren, ist mittlerweile auf die Größe der christdemokratischen Honoratiorenorganisation geschrumpft; bald wird sie wohl gar darunter liegen. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik stellt sie lediglich in einem Flächenland noch den Ministerpräsidenten. In den prosperierenden modernen Regionen der Republik, von Dresden bis Stuttgart, stecken Sozialdemokraten in einer abgrundtief deprimierenden Diasporasituation fest. Die strukturelle und auch historisch bedingte Unterlegenheit im Süden Deutschlands konnte die SPD einige Jahrzehnte lang noch zwischen Rhein und Ruhr kompensieren, auch in Niedersachsen oder Hamburg. Vorbei das alles. Auch hier liegt die früher robuste Mitglieder- und Organisationspartei im Dämmerzustand.

Perdu sind nicht nur die Mitgliedermassen. Verschwunden sind ebenfalls die gerade im klassischen Sozialismus so zahlreichen, oft gewiss exzentrischen, aber doch immer farbigen Intellektuellen und Parteitheoretiker. Und radikal entkoppelt haben sich inzwischen die Lebenswelten von Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Beide Sphären haben lange eine Symbiose gebildet, in der sich Betriebserfahrungen und politische Fertigkeiten verknüpften wie ergänzten. Doch heute gehört kein Gewerkschaftsführer mehr der sozialdemo-

Aus dem Lot geraten

Die Probleme der SPD sind Legion

von Franz Walter



kratischen Bundestagsfraktion an; der lokale Betriebsrat ist nicht mehr zugleich stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied der Stadtratsfraktion der SPD. Friktionen hat es zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten historisch immer wieder gegeben. Aber die heillose Entfremdung, wie sie sich seit 1999 entwickelt hat, ist geschichtlich neu – zumal ein gewichtiger Teil des gewerkschaftlichen Mittelbaus nunmehr einen finalen politischen Repräsentanzwechsel von der SPD fort vollzogen hat.

Beschleunigt hat sich dieser Entfremdungsprozess seit dem Frühjahr 2003, als der damalige Bundeskanzler Schröder seine Agenda-2010-Reformen zur Revision der altbundesdeutschen Sozialstaatlichkeit verkündete. Und sein Parteigeneralsekretär Olaf Scholz dachte zeitgleich öffentlich über eine programmatische Abkehr vom Begriff des „demokratischen Sozialismus“ nach, empfahl gar den Abschied vom Credo der „sozialen Gerechtigkeit“, warnte ausgerechnet in einer Phase rapide wachsender Ungleichheit vor einem linken Egalitarismus.

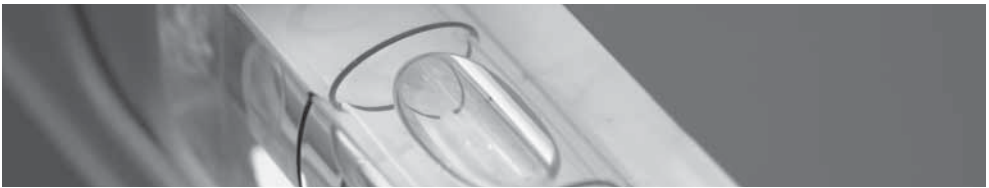
» Die SPD transformierte sich dadurch. Schon die Bundestagswahlen 2002 hatten gezeigt, dass die Sozialdemokraten nicht mehr als Repräsentanten der gesellschaftlichen Unter- und Mittelgeschosse gelten konnten, sondern mittlerweile sozial eine Etage höher gezogen waren. Ihre besten Ergebnisse erzielte die Partei bei Wählern mittleren Alters, mittlerer Schulbildung, mittelguter Wohnquartiere, mittleren Einkommensniveaus.



Kurzum: Aus der Partei des Proletariats war im Zuge selbst implementierter Sozialstaats- und Bildungsreform vorwiegend eine Interessenvertretung aufgestiegener Ex-Facharbeiterkinder geworden. Wahrscheinlich ist es das, was der SPD am meisten schadet: Die Attitüde der selbstgefälligen Arriviertheit, des Aufsteigertums. In früheren Jahrzehnten agierten die Sozialdemokraten häufig ungeschickt. Ihre zelotischen Flügelstreitigkeiten nervten oft. Ihr Mangel an machtpolitischer Raffinesse wirkte zuweilen mitleidserregend. Und doch umwehte diese über ein Jahrhundert hinweg notorische Oppositionspartei eine spezifische, durchaus anrührende Aura: Partei der Nichtprivilegierten zu sein, die für die Emanzipation der Outcasts kämpfte und für die Würde der unteren Schichten eintrat.

letzten Jahre – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – spiegeln die Lektion aus den erfolgreichen Biographien sozialdemokratischer Aufsteiger der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära. Aber sie haben mit den neuen Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung oder wie es heute gerne heißt: der Prekarität durch Bildungsversagen in den diskontinuierlichen Lebenszusammenhängen des unteren Drittels im Globalisierungskapitalismus nichts zu tun. Diese beiden Welten sind einander gänzlich fremd.

Foto: www.fotolia.de
© Michael Kempf



» Man nahm diese Haltung der SPD ab, weil ihre Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier selbst zu den Outcasts zählten, aus den unteren Schichten kamen und politisch nicht zu den Privilegierten gehörten. Doch das hat sich gründlich geändert; und eben dies markiert die entscheidende Zäsur in der sozialdemokratischen Geschichte. Mindestens in ihrem Funktionärs- und Mandatsbereich ist die Sozialdemokratie die Partei derjenigen, die es durch Leistung und sozialstaatliche Förderung in den mittlerweile schon einige Zeit zurückliegenden wohlfahrtsstaatlichen Jahren geschafft haben, die Proletarität hinter sich zu lassen. Seither ist innerparteilich außerdem noch eine Kohorte nachgerückt, die sogleich – ohne den Mühsal zweiter Bildungswege und ohne Erfahrungen in Berufen jenseits der Politik – geradewegs, nahezu konkurrenzlos und rasch im Parlamentbetrieb nach oben gekommen ist. Die programmatischen Losungen der Sozialdemokraten der

» Die Sozialdemokraten sind eben tatsächlich Mitte geworden. Ihre Bildungsphilanthropie kopiert das liberale Bildungsverständnis des 19. Jahrhunderts, von dem sich die Partei August Bebels seinerzeit gelöst hatte. Ihre individualitätsbezogene Leistungs- und Chancenrhetorik ist genuin christdemokratischen Vorstellungen entnommen, gegen das die klassische Sozialdemokratie der Vor-Enkel-Ära noch ihre eigene kollektive Emanzipationsidee gestellt hatte.

In dieser Entwicklung zur Honoratiorenpartei neuen Typus hat sich dann zudem die klassische Parteiorganisation in rasantem Tempo desintegriert. Und es war verblüffend, fast schmerzhaft zu verfolgen, wie sich kaum jemand in der SPD dieser Entwicklung konzeptionell entgegenstemmte. Heute liegt der Apparat der Partei gerade in etlichen früheren Hochburgen nahezu in Trümmern. Der Typus des hochaktiven Funktionärs, der die

Maschinerie der Organisation und Aktion virtuos beherrschte, der in seinem Umfeld einen Deutungs- und Orientierungsvorsprung besaß, auf diese Weise Kommunikator und Kampagnero zugleich war, dieser Typus ist weitgehend verschwunden.

Der Zerfall der Strukturen bedeutete zugleich die Erosion von Verbindlichkeiten, Loyalitäten, auch Disziplin. Die SPD des Jahres 2008 ist dem amorphen Parteitypus der klassischen Liberalen nahegekommen. Daher geht es in der SPD mittlerweile ebenso chaotisch zu, wie über 100 Jahre in den Parteisplittern des bürgerlichen Liberalismus. In der klassischen SPD galt selbstverständlich, was in den zentralen Gremien der Partei beschlossen wurde. In der neuen SPD dauert es hingegen keine halbe Stunde, nachdem im Präsidium, im Parteirat oder Parteivorstand ein Beschluss gefasst wurde, das irgendjemand aus der sozialdemokratischen Prominenz sich gegenüber verfügbaren Journalisten mokant zu dem äußert, was er soeben selbst noch mit verabschiedet hat.

Seit dem Sommer/Herbst 2007 verschärfte sich Woche für Woche das Loyalitätsproblem. Denn damals bezogen die entscheidenden SPD-Minister der klassischen Kabinettsressorts, Finanzen und Äußeres, innerparteilich unmissverständlich Position. Steinmeier und Steinbrück traten dem Netzwerk der Parteirechten bei. Auch der Generalsekretär gehörte diesem Netzwerk an, ebenso der Bundesumweltminister; und der neue Bundesarbeitsminister bezog ebenfalls von dort essentielle Inspiration; für seinen Nachfolger als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer gilt das Gleiche. Kurzum: Der Parteivorsitzende in seinem fernen Mainz sah sich in der Berliner Kapitale von Gegnern nur so umstellt.

In der SPD ist so im Kern der Partei ein Vakuum entstanden. Dadurch ist die Partei aus der Balance geraten ist – eines der gefährlichsten Zustände in komplexen Organisationen. Der SPD ist das Scharnier, ihr Gravitationsfokus abhanden gekommen – abermals: Schlimmer können Organisationen

kaum aus dem Lot geraten. Dort, wo die Verknüpfung, Integration und der Ausgleich hergestellt wird, von wo die durch Kompromiss legitimierte Orientierung ausgegeben werden sollte, herrscht buchstäblich Leere. Eine Partei ohne ein anerkanntes operatives Leitungszentrum in der Mitte der Partei aber ist zu einer geordneten, strategischen Politik nicht mehr in der Lage.

Insofern ist die SPD im Jahr 2008 eine hochfragile Formation. Nicht allein ihre Organisation ist brüchig, sie ist sich auch politisch über die Richtung nicht im Klaren. Ein halbes Jahr nach dem Hamburger Programmparteitag zeigt sich, dass es nichts nützt, pure Traditionalitäten wie den „Demokratischen Sozialismus“ triumphal in das Programmdokument hineinzuschreiben, obwohl diese Formel die Partei seit Jahrzehnten schon nicht mehr orientiert. Das festigt allein die berüchtigte Zwiespältigkeit im sozialdemokratischen Seelenhaushalt. Denn: Man kann nicht stolz das Panier vom „demokratischen Sozialismus“ hochhalten, zugleich aber als überzeugter Apolet von Hartz IV durch die politische Landschaft laufen. Man kann nicht in ergreifenden Programmsätzen die wachsende soziale Ungleichheit beklagen, wenn man als Regierungspartei für eben diesen Skandal seit Jahren Verantwortung trägt. Man kann nicht überzeugend über die Schrankenlosigkeit des Finanzkapitalismus lamentieren, da man die Finanzmärkte zuvor gezielt liberalisiert hat.

Die Sozialdemokraten jedenfalls werden sich irgendwann endlich entscheiden müssen. Falls sie die Agenda-Philosophie fortzuschreiben wollen, dann sollten sie nicht mit dem Etikett des „Sozialismus“ herumhantieren. Wenn ihnen der Sozialismus aber unverzichtbar ist, dann, ja dann müssten sie ihre Politik schon grundlegend ändern.

Doch ist das ernsthaft zu erwarten? ■

☞ Franz Walter, ist Professor für Parteienforschung an der Georg-August-Universität Göttingen.